



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

TÜRKEI BULLETTIN 08-2020

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Projektbüro Türkei
Cumhuriyet Cad. No 107 D 2
Elmadağ-Istanbul 34473
Türkei

/fnst-turkey.org

Verfasser

Laura Kunzendorf
Dr. Ronald Meinardus (RM)

Redaktion

Dr. Ronald Meinardus

Stand

Mai 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Kontakt

Für Hinweise und Anregungen erreichen Sie die Redaktion unter turkey@fnst.org.



TÜRKEI BULLETIN 08/20

Berichtszeitraum: 16. April – 5. Mai 2020

Inhalt: „Lokales Wunder?“ – Wie Erdoğan die türkische Wirtschaft wieder auf die Beine bringen will. Amtliche Ausfälle gegen LGBTI-Menschen – „Hassreden“ zum Auftakt des Ramadans. Herzschuss bei Freigang – Vorwürfe gegen die Polizei in Adana nach gewaltsamem Tod eines syrischen Flüchtlings. Online ist Trumpf – Wie die Zivilgesellschaft mit den Folgen von COVID-19 zurechtkommt. Tod nach Hungerstreik – Häftlinge fordern faires Verfahren. Neue Medien-Präferenzen – Traditionelle Publikationen sind Gewinner der Krise. „Fake News“ im Aufwind – Zivilgesellschaft und Regierung sagen der Desinformation den Kampf an. Kalt und tief – Politischer Streit um ein Grundstück am Bosphorus. Feierlichkeiten zum Kindertag – Kein Anlass zu ungeteilter Freude. Bravo Angela Merkel! Applaus in den sozialen Medien für eine bescheidene Kanzlerin.

„Lokales Wunder?“ – Wie Erdoğan die türkische Wirtschaft wieder auf die Beine bringen will

(RM) Anfang der Woche hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Lockerung der Corona-Auflagen bekannt gegeben. „Schrittweise“, so der Präsident, werde die Türkei zu einem „normalen Leben“ zurückkehren. Zuvor hatte Gesundheitsminister Fahrettin Koca gesagt, die Türkei habe das Schlimmste hinter sich. Fallende Infektions- und Todeszahlen zeigten, so der populäre Fachminister, die Corona-Pandemie befinde sich in der Türkei im „Abwärtstrend“.

Wie in anderen Teilen der Welt, hat sich auch in der Türkei der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion verlagert. Im Mittelpunkt stehen nicht die täglichen Opferzahlen. Die Aufmerksamkeit gilt vor allem der Frage, wann und unter welchen Bedingungen das Land zur Normalität zurückkehren kann – oder zumindest: zu einer Situation, die an die Zeit vor dem Ausbruch der Pandemie erinnert. Hier hat der Präsident nun für eine von den Menschen

herbeigesehnte Klarstellung gesorgt: Unter anderem werde die seit Wochen bestehende Ausgangssperre für über 65- und unter 20-Jährige gelockert. Außerdem würden Reisebeschränkungen für sieben der 31 Städte und Provinzen aufgehoben. Istanbul, Brennpunkt der Pandemie, sowie Ankara und Izmir sollen jedoch für weitere zwei Wochen abgeschottet bleiben. Ein Aufatmen bei vielen Geschäftsleuten – und nicht nur diesen – löste die Ankündigung aus, dass Einkaufszentren und Friseurgeschäfte ab kommender Woche wieder öffnen dürfen.

Derweilen werden die Regierung und ihre Freunde nicht müde, das medizinische Krisenmanagement Ankaras zu preisen: „Angesichts zunehmender Tests und schwindender Infektionszahlen erleben wir in der Türkei ein lokales Wunder“, schwärmt Hakkı Öcal in der *Daily Sabah*.

Gleichwohl: Das Vertrauen in die Kompetenz der Regierung ist nicht allumfassend. Laut einer aktuellen Meinungsumfrage sind lediglich 62 Prozent der Befragten der Meinung, die Zahlen des türkischen Gesundheitsministers zur Corona-Krise entsprechen der Wahrheit. Im Umkehrschluss heißt dies: knapp vier von zehn Türken trauen der Regierung in der zentralen Datenfrage nicht über den Weg.

Die schwelende wirtschaftliche Krise erklärt den Drang zur Rückkehr zu einer wie auch immer gearteten Normalität. Die Türkei bewegt sich in Richtung Rezession; das genaue Ausmaß der ökonomischen Misere ist nicht absehbar. Das Defizit in der Handelsbilanz hat sich nach amtlichen Angaben im März auf über vier Milliarden US-Dollar verdreifacht, die Ausfuhren sind um 18 Prozent eingebrochen. Düster ist auch die Situation im Tourismus.

Laut einer Prognose der Nachrichtenagentur *Reuters* wird die türkische Volkswirtschaft im laufenden Jahr um 1,4 Prozent schrumpfen. Für 2021 rechnen die Fachleute mit einem Wachstum von 3,7 Prozent.

Frühzeitig hatte Präsident Erdoğan die Devise

ausgegeben, die Räder der Wirtschaft dürften nicht zum Stillstand kommen. Zu keinem Zeitpunkt war der „Lockdown“ allumfassend. Aktuelle Daten zur Kapazitätsauslastung zeigen, dass sich die Industrie hat weitgehend an die Marschroute gehalten hat. Nach Angaben der Zentralbank lag die Auslastungsquote im April bei knapp 62 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat ist das ein Rückgang von 14 Prozent.

„Die Produktion in unserem Land wird schnell wieder ansteigen wie zuvor, sobald wir schrittweise die Schutzmaßnahmen aussetzen“, sagte Präsident Erdoğan Ende April.

Auf dieses Signal hat die Automobilindustrie gewartet: „Alle planen das Wiederhochfahren der Produktion in der ersten Mai-Woche“, sagt Kemal Yazici vom Branchenverband TAYSAD. Die türkische Automobilindustrie wittert in der Krise auch Chancen: „Die Türkei könnte China in der nahen Zukunft bei der Versorgung mit Vorleistungsgütern ersetzen“, spekuliert der Präsident des Branchenverbandes TAYSAD Alper Kanca.

Wie sehr die Rückkehr zu besseren Zeiten von Entwicklungen jenseits der Landesgrenzen abhängt, zeigt sich nirgendwo deutlicher als in der Tourismusbranche. Der Fremdenverkehr ist eine Stütze der türkischen Wirtschaft: 2019 besuchten 52 Millionen Touristen das Land am Bosphorus. Der Andrang bescherte Ankara Einnahmen in Höhe von 35 Milliarden US-Dollar. Über zwei Millionen Menschen verdienen ihr Geld in der Touristik. Damit ist bis auf weiteres Schluss. Durch die Schließung von Hotels und der Aussetzung internationaler Flüge ist der Tourismus zum Erliegen gekommen. Erst Ende Mai will die halbstaatliche *Turkish Airlines* den Flugbetrieb wiederaufnehmen.

Geht es nach dem Willen der Regierung, sollen die Urlauber schon in naher Zukunft zurückkehren. „Wir haben ein neues Projekt initiiert, um Corona-freie Zonen zu zertifizieren“, sagte Tourismus-Minister Mehmet Nuri Ersoy Mitte April in einem TV-Interview. Man werde behutsam und Schritt für Schritt an das Thema herangehen und Vertreter unterschiedlicher Ministerien zu Rate ziehen. Wenn alles nach Plan verläuft, werden die ersten Zertifikate Ende Mai ausgegeben.

Der Inlandstourismus soll den Anfang machen. In einer zweiten Phase will Ankara auf den internationalen Märkten aktiv werden. „Wenn wir mit anderen Ländern Vereinbarungen getroffen haben, werden wir langsam auch mit internationalen Flügen

beginnen“, sagt der türkische Tourismusminister. Zunächst rechnet er mit Besuchern aus Asien. Erst in einer zweiten Phase, so Minister Eroy, würden Touristen aus Deutschland und Österreich in die Türkei reisen. Russische und britische Touristen erwartet Eroy nicht vor Ende Juli.

All-Inclusive Angebote und Buffets in den Speisesälen der Bettenburgen an den türkischen Küsten seien laut Ministerium bis auf weiteres verboten. Der Enthusiasmus der Hotellerie hält sich in Grenzen: „Ja, die Maßnahmen können helfen, aber ein typisches All-Inclusive Hotel hat höchstens 20 Prozent Touristen aus dem Inland“, sagt Emre Deliveli, der im beliebten Ferienort Marmaris ein Hotel besitzt und bislang vergeblich auf neue Kundschaft wartet.

Nach dem Rekordjahr 2019 hatte Ankara für dieses Jahr einen neuen Spitzenwert mit 60 Millionen Besuchern angestrebt. Es wäre ein Erfolg, wenn am Ende ein Bruchteil davon ins Land kommt.

Amtliche Ausfälle gegen LGBTI-Menschen – „Hassreden“ zum Auftakt des Ramadans

Ali Erbaş, Präsident der staatlichen Religionsbehörde *Diyanet* sorgte am ersten Fastentag des Ramadans mit homophoben Äußerungen für Aufsehen. Erbaş, der die Meinung vertritt, Corona sei eine Strafe Gottes für die Sünden der Menschen, attackierte in einer Freitagsansprache LGBTI-Mitglieder sowie HIV-Infizierte: „Der Islam sieht Unzucht als eine der größten Sünden an, er verflucht Homosexualität.“ Außerdem führe Homosexualität zu Krankheiten und ließe Generationen „verrotten“. Es seien diese unzüchtigen und sündigen außerehelichen Beziehungen, durch die sich Menschen mit HIV anstecken würden, so der Leiter der staatlichen Behörde.

Die LGBTI-Gemeinschaft und Aktivisten reagierten schockiert auf die verbalen Ausfälle und verurteilten die Worte des Religionsbeauftragten als „Hassrede“, ja „Hassverbrechen“. Der Menschenrechtsverein *İHD* warnte davor, Erbaş Verunglimpfung von Homosexualität könne als Freibrief für Lynchangriffe gegen LGBTI-Mitglieder verstanden werden. Die Anwaltskammer von Ankara ging noch einen Schritt weiter: „Wenn Erbaş im Amt bleibt, sollte sich niemand wundern, wenn er als nächstes dazu aufruft, Frauen mit Fackeln anzuzünden, weil sie Hexen seien.“

Die Anwaltskammer von Ankara und İHD erstatteten Strafanzeige gegen Erbaş. Mehrere NGOs und Politiker forderten eine Entschuldigung sowie die Entlassung des Behördenchefs. In den sozialen Medien schlossen sich viele diesen Rufen an.

Doch Ali Erbaş hat – nicht zuletzt in der Regierung – einflussreiche Unterstützer; für seine Tiraden erntete er nicht nur Kritik, sondern auch öffentlichen Zuspruch. Die Staatsanwaltschaft in Ankara verzichtete auf die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den *Diyanet*-Chef, aber leitete stattdessen eine Untersuchung gegen die Anwaltskammern in Ankara und Diyarbakır ein, die Erbaş zuvor für seine Tiraden kritisiert hatten.

Zahlreiche Politiker der regierenden AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“) stellten sich demonstrativ hinter Erbaş. Zu den prominenten Unterstützern zählen Justizminister Abdülhamit Gül, Familienministerin Zehra Selçuk und Präsidentensprecher İbrahim Kalın. Unter dem Hashtag „Ali Erbaş ist nicht alleine“ („#AliErbaşyalnızdeğildir“) initiierten die Unterstützer von Erbaş eine Kampagne in den sozialen Medien, in der sie den Behördenchef als Opfer darstellen. Auch konservative Medien schlugen sich auf die Seite des Theologen. Die nationalistische *Milli Gazete* bezeichnete LGBTI-Organisationen als „pervers“. Die Nachrichtenseite *A-Haber* schrieb, die Verfechter des „perversen, heruntergekommenen Lebensstils“ würden danach streben, die Gesellschaft und die Familie zu zerstören.

Auch Präsident Erdoğan schaltete sich in die Kontroverse ein und stellte sich hinter den Religionsbeauftragten. Dessen Worte seien „durch und durch wahr“. Den Kritikern warf Erdoğan vor, den Islam und den Staat anzugreifen. Damit nicht genug: Der Präsident bezichtigte die LGBTI-Aktivistinnen auch noch des Faschismus und der Perversion.

Scharfe Kritik erntete die Regierung aus den Reihen der Opposition: „Erinnert Ihr Euch manchmal überhaupt daran, dass die Türkei ein Rechtsstaat ist?“, so der sarkastische Kommentar von Garo Paylan von der HDP („Demokratische Partei der Völker“). Auch von der CHP erhielt die LGBTI-Gemeinschaft Rückendeckung. Die stellvertretende CHP-Vorsitzende Gökçe Gökçen verurteilte die diskriminierende Rede von Erbaş: „So eine Aussage während einer Epidemie ist ein Desaster an sich. Ich verurteile diejenigen, die religiöse Gefühle instrumentalisieren und eine Rhetorik verwenden, die fast schon Hassverbrechen legitimiert.“

Herzschuss bei Freigang – Vorwürfe gegen die Polizei in Adana nach gewaltsamem Tod eines syrischen Flüchtlings

Im Zuge der Corona-Pandemie haben die Behörden in vielen Teilen der Türkei strenge Ausgangssperren für Jugendliche unter 20 Jahren verhängt. Das Ausgangsverbot hat nun auf tragische Weise zu einem Todesfall geführt. In Adana geriet der 18-jährige syrische Geflüchtete Ali al-Hamdan in eine Polizeikontrolle, als er sich trotz geltender Ausgangssperre auf der Straße aufhielt. Der genaue Hergang ist umstritten: Nachrichtenberichten zufolge sei der Syrer auf dem Weg zur Arbeit gewesen. Um der Strafe für den Regelbruch zu entgehen, sei al-Hamdan davongerannt und auf der Flucht von einem Polizisten erschossen worden. Laut Medienberichten eröffnete der Polizist das Feuer, obwohl Ali al-Hamdan auf „Stopp“-Rufe reagiert habe; anderen Berichten zufolge habe der Polizist geschossen, weil al-Hamdan nicht stehen geblieben sei.

Regierungsnahe Medien haben versucht, den Vorfall herunterzuspielen. *Milliyet* und *A-Haber* unterschlugen die Tatsache, dass der Jugendliche ums Leben gekommen ist. Sie meldeten, der junge Mann sei „verletzt“ beziehungsweise „ins Bein geschossen“ worden. Dieser Sprachregelung schloss sich der Gouverneur von Adana an: „Ali H., der geflohen ist, ohne die „Stopp“-Warnung der Polizei zu beachten, wurde versehentlich durch einen Warnschuss verletzt.“ Aus dem Autopsiebericht geht jedoch hervor, dass der Polizist nur einen einzigen Schuss abfeuerte – und zwar aus drei Metern Entfernung und direkt aufs Herz.

Öztürk Türkdoğan, der Präsident des Menschenrechtsvereins İHD, bezeichnete den Tod von Ali al-Hamdan als eine „Hinrichtung“. Die Polizei habe keinerlei Autorität und Recht gehabt, dem unbewaffneten Jugendlichen Schaden zuzufügen. In Adana schlossen sich Menschenrechtsorganisationen und Anwaltsvereinigungen zusammen, um den Tod von Ali al-Hamdan zu untersuchen. Sie weisen darauf hin, dass in ähnlichen Fällen „Polizeibeamte, die Verbrechen begangen haben, geschützt und nicht bestraft worden sind.“ Daher fordern sie nun eine vollständige Aufklärung des Falls und die Verurteilung des Täters.

Online ist Trumpf – Wie die Zivilgesellschaft mit den Folgen von COVID-19 zurechtkommt

Auch die türkische Zivilgesellschaft leidet unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Stiftung TÜSEV hat im April 170 Vereine, Verbände, Initiativen und Stiftungen zu den Auswirkungen der Pandemie auf ihre Arbeit befragt.

Dreiviertel der befragten Organisationen gaben an, Veranstaltungen wie Konferenzen oder Seminare abgesagt zu haben; jede Dritte Organisation sah sich gezwungen, die Aktivitäten ganz einzustellen. Nur jede zehnte Organisation habe in Folge der Ausbreitung von COVID-19 keine Schwierigkeiten.

Die NGOs sind bemüht, so gut es geht mit der Krise umzugehen: 43 Prozent haben die Veranstaltungsformate angepasst, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Auch in der Türkei ist „Online“ für viele die Alternative; ob Bildungsveranstaltungen oder Arbeitstreffen, ein Großteil des zivilgesellschaftlichen Lebens spielt sich digital ab. Zudem haben viele NGOs ihre Arbeitsschwerpunkte auf neue Themen verlagert. Dazu zählen Gewalt gegen Frauen, das Recht auf Gesundheit und die neuen sozialen Probleme im Zuge der Krise, um nur einige zu nennen.

Eine Mehrheit der befragten NGOs gibt an, dass die Geldgeber bei der Verwendung der Mittel flexibel seien; gleichwohl stelle die Pandemie die Gruppen vor finanzielle Herausforderungen. Knapp die Hälfte beklagt Rückgänge bei den Zuwendungen, nur vier Prozent der Organisationen erhalten mehr Geld als vor Ausbruch der Krise. Nur jede zweite NGO ist laut der Studie in der Lage, die Belastungen der Corona-Epidemie länger als sechs Monate zu tragen, ohne die Mitarbeiterstruktur ändern zu müssen. Fast jede dritte Organisation hat bereits jetzt Mitarbeiter in den bezahlten oder unbezahlten Urlaub geschickt, fünf Prozent mussten wegen der finanziellen Engpässe bereits Personal entlassen. Die größte Erleichterung würde den NGOs eine Anhebung der Fördermittel sowie mehr Flexibilität seitens der Geldgeber schaffen, so die Umfrage. Eine Mehrheit wünscht sich zudem mehr Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen.

Tod nach Hungerstreik – Häftlinge fordern faires Verfahren

In ihrem aktuellen Jahresbericht geht die Menschenrechtsorganisation *Amnesty International*

kritisch auf die Situation in der Türkei ein. Unter anderem heißt es: „Das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlung wurden stark eingeschränkt und Menschen, die als regierungskritisch angesehen wurden, wurden verhaftet oder sahen sich mit erfundenen Strafanzeigen konfrontiert.“

In ihrem Bericht kritisiert die NGO die „Instrumentalisierung der Justiz“, um Druck auf oppositionelle Journalisten, Menschenrechtler, Politiker und Aktivisten auszuüben und diese so zum Schweigen zu bringen. Auch Fälle des mutmaßlichen Verschwindenlassens von Dissidenten sowie Misshandlung und Folter durch Sicherheitskräfte werden in dem Bericht dokumentiert.

Stellvertretend für die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die den türkischen Behörden immer wieder vorgeworfen werden, steht der Tod des 28-jährigen Mustafa Koçak nach einem Hungerstreik im Gefängnis am 24. April. Die Polizei hatte Koçak im September 2017 verhaftet und beschuldigt, für den Mord an einem Staatsanwalt im Jahre 2015 die Tatwaffe besorgt zu haben. Ein Istanbuler Gericht sprach Koçak 2019 schuldig, die verfassungsmäßige Ordnung stürzen zu wollen und verurteilte ihn zu einer lebenslangen Haftstrafe, die nicht ausgesetzt werden kann.

Koçaks Anwälte weisen darauf hin, es gebe keinerlei materielle Beweise für die Schuld ihres Mandanten. Die Verurteilung basiere einzig auf (zum Teil anonymen) Zeugenaussagen. Einer der Zeugen hat nach dem Prozess das Land verlassen und gab in einer späteren Petition an das Gericht an, seine Aussage unter Zwang getätigt zu haben. Auch Koçak berichtete von Zwang sowie psychischer und physischer Folter während der polizeilichen Vernehmungen.

Koçak legte Revision ein und forderte ein faires Verfahren. Obwohl er sich in Hungerstreik begeben hatte, blieb sein Fall unbearbeitet in der höchsten Instanz liegen, berichtet Anwältin Ayşegül Çağatay. Nach 297 Tagen erlag der Inhaftierte den Folgen des Hungerstreiks.

Mustafa Koçak ist der zweite Inhaftierte, der im April an den Folgen eines Hungerstreiks starb. Wie Koçak hatte auch Helin Bölek, Mitglied der politischen Folkband *Grup Yorum*, deren Konzerte seit Jahren von der Regierung verboten wurden, die Nahrungsaufnahme verweigert. Ein weiteres Mitglied von *Grup Yorum* – İbrahim Gökçek – hatte sich ebenfalls im Hungerstreik befunden. Nach

Redaktionsschluss erreichte uns am 7. Mai die Meldung, dass Ibrahim Gökçek, an den Folgen des Hungerstreiks gestorben ist. Nur zwei Tage zuvor hatte er angekündigt, seinen Hungerstreik auszusetzen und sich in medizinische Behandlung zu begeben, da der Widerstand siegreich gewesen sei: "Unser Widerstand hat einen politischen Sieg erreicht, die ganze Welt hat davon gehört." Helin Bölek und Ibrahim Gökçek hatten sich im Gefängnis in den Hungerstreik begeben, um gegen ihre Inhaftierung und das Verbot ihrer politischen Konzerte zu protestieren. Derzeit befinden sich vier weitere Gefangene, darunter zwei Anwälte, im Hungerstreik in türkischen Gefängnissen.

Neue Medien-Präferenzen – Traditionelle Publikationen sind Gewinner der Krise

Die Corona-Krise zieht auch die Lokalzeitungen in Mitleidenschaft. Wie das Blatt *Bianet* berichtet, sind die Verkaufszahlen von Lokalzeitungen durchschnittlich um rund die Hälfte gesunken. Viele Geschäfte, die zuvor Zeitungen verkauft haben, sind derzeit geschlossen. Auch Friseure, Restaurants oder Cafés, in denen die Blätter für die Kunden auslagen, mussten die Türen aufgrund der Corona-Pandemie schließen.

Am stärksten treffen die Zeitungen die fehlenden Einnahmen aus Anzeigen. Hier sei das Geschäft teilweise auf Null zusammengebrochen, klagt Ökkeş Özekşi, Inhaber der Zeitung *Gaziantep27*: „Es gibt keine Anzeigen mehr. Als Lokalzeitungen machen wir uns Gedanken darüber, wann wir den Laden dichtmachen müssen.“

Wie andere lokale Zeitungen hat *Gaziantep27* seine Auflage auf 1000 Stück halbiert. In Gaziantep haben sich die Verleger von 14 Zeitungen verabredet, sich abzuwechseln und täglich nur zwei Tageszeitungen zu drucken. Einige Redaktionen haben komplett auf Online-Formate umgestellt. „Unsere Zukunft sieht grau aus“, sagt Ökkeş Özekşi.

Obwohl Lokalzeitungen ums Überleben kämpfen, ist während der Corona-Krise das Vertrauen der türkischen Bevölkerung in traditionelle Medien gestiegen. Unter denjenigen, die vor Ausbruch der Corona-Epidemie kein Vertrauen in Zeitung und Fernsehen hatten, findet mittlerweile jeder Zweite deren Meldungen vertrauenswürdiger, ergab eine Studie der *Beykoz-Universität* in Istanbul. Auch 40 Prozent derjenigen, die zuvor unsicher über die Glaubwürdigkeit traditioneller Medien waren, haben ihre Meinung positiv geändert. Jeder Dritte gab an,

mehr als eine Stunde täglich auf traditionelle Medien zuzugreifen, jeder Vierte gar mehr als vier Stunden.

Zusätzlich zum gestiegenen Vertrauen in traditionelle Medien, zeigt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts *Metropoll* einen Trend in Richtung vermehrtem Konsum regierungskritischer Medien. So ist der Oppositions-Sender *Fox TV* unter Befragten mit 40 Prozent Zustimmungsrates der mit Abstand beliebteste Fernsehsender. Der regierungsnahe Sender *ATV* und der staatliche Sender *TRT* liegen bei rund 10 Prozent.

Sechs von zehn Befragten sind der Meinung, dass die Corona-Nachrichten in sozialen Medien zu einer dramatischeren Wahrnehmung der Situation geführt haben. Dr. Nüket Güz, die Leiterin der Studie der *Beykoz-Universität*, resümiert: „Unsere Forschung zeigt, dass Menschen, die vor der Pandemie vor allem den sozialen Medien vertraut hatten, nun traditionelle Medien für ihre Information bevorzugen.“

Fake News im Aufwind – Zivilgesellschaft und Regierung sagen der Desinformation den Kampf an

Falschinformationen sind in der Türkei weit verbreitet: Laut dem Journalisten und Fact-Checker Atakan Foca sind Twitter und WhatsApp die größten Quellen für Falschinformation in der Türkei. Auf diesen Plattformen verbreiten sich gerade jetzt zu Corona-Zeiten zahlreiche Verschwörungstheorien.

Ein Beispiel von vielen: Anfang April verbreitete sich über WhatsApp die Mär, die Corona-Pandemie sei ein wissenschaftliches, soziales und digitales Experiment. Laut dem Fact-checking Dienst *Teyit* verbreitet sich diese Nachricht an mehrere Millionen Menschen. Der wöchentliche Corona-Newsletter von *Teyit* erreichte zur gleichen Zeit „nur“ 15.000 Leserinnen und Leser.

Laut *Teyit*-Mitarbeiter Ali Osman ziehen Falschmeldungen weit größere Kreise als korrekte Informationen, da „Fake News“ in der Regel einfach gestrickt und leicht zu verstehen seien: „Während die Wissenschaft noch versucht, Licht ins Dunkel (des neuen Corona-Virus) zu bringen, machen es sich einige Leute viel einfacher und erfinden Verschwörungstheorien ohne jegliche Beweise.“

Wie sehr Verschwörungstheorien über das Corona-Virus den Kampf gegen die Pandemie erschweren, erklärt Ali Osman: „Wenn Menschen glauben, das

Virus sei das Ergebnis eines Experiments, werden sie auch annehmen, dass die Epidemie eines Tages von allein aufhört.“

Dass diese Theorien auch lebensgefährlich sein können, zeigt ein Todesfall in der westtürkischen Provinz Tekirdağ, wo ein gutgläubiger Mensch in Folge der vielfach kritisierten Hinweise von US-Präsident Donald Trump Desinfektionsmittel getrunken hatte und wenig später verstarb.

Auch die türkische Regierung hat der Verbreitung von sogenannten Falschinformationen mit drastischen Maßnahmen den Kampf angesagt. Wie berichtet wird, durchforstet eine Cyber-Polizeinheit soziale Plattformen auf der Suche nach Desinformationen. Mehrere Hunderte Nutzer sozialer Medien haben die Behörden bereits untersucht, über 400 Menschen aufgrund von Posts verhaftet. Darunter sind jedoch auch zahlreiche Journalisten, unter anderem der bekannte Nachrichtensprecher Fatih Portakal des Senders *FoxNews*, die sich aufgrund kritischer Posts über den Umgang der Regierung mit dem Virus mit einer Anklage konfrontiert sehen.

Milena Buyum von *Amnesty International* wirft der Regierung vor, den Kampf gegen „Fake News“ als Vorwand für das Durchgreifen gegen oppositionelle Journalisten zu nutzen: „Die COVID-19-Epidemie hat den Behörden einen weiteren Vorwand geliefert, die Medien zur Zielscheibe zu machen.“ Ein weiterer Hinweis für dieses Kalkül ist ein Gesetzesentwurf, den Erdoğan's Koalitionspartei *MHP* („Partei der Nationalistischen Bewegung“) laut Zeitungsberichten eingebracht hat. Das Gesetz sähe vor, Nutzer Sozialer Medien dazu zu verpflichten, sich mit einer Identifikationsnummer zu registrieren, bevor sie auf soziale Plattformen zugreifen.

Kalt und tief – Politischer Streit um ein Grundstück am Bosphorus

Ein Haus am Bosphorus hat in diesen Tagen die politischen Debatten in der Türkei befeuert. Mitte April berichtete die linksgerichtete Zeitung *Cumhuriyet* vom Abriss einer illegal errichteten Gartenlaube seitens der Stadtverwaltung von Istanbul auf einem Grundstück am Bosphorus. Normalerweise ist dieser Vorgang keinen Nachrichtenbericht wert. Doch die Meldung machte Schlagzeilen, denn das besagte Grundstück hatte Fahrettin Altun, der Kommunikationsdirektor des Präsidenten, angemietet.

Doch nicht der Vertraute Erdoğan's geriet ins Visier der Justiz – sondern die Zeitung *Cumhuriyet* und die Oppositionspartei CHP („Republikanische Volkspartei“). Die Staatsanwaltschaft wirft *Cumhuriyet* vor, Fotos und die Adresse von Fahrettin Altun's Grundstück veröffentlicht und ihn damit „zum Ziel von Terrororganisationen“ gemacht zu haben. Die Staatsanwaltschaft leitete eine Untersuchung gegen den CHP-Politiker Suat Özçağdaş ein, den die Polizei angeblich bei dem Versuch erwischte, Fotos von Fahrettin Altun's Haus gemacht zu haben. Gegen den Vorwurf der Verletzung von Altun's Privatsphäre wehrt sich der Politiker: „Es ist eine Lüge, dass ich das Haus fotografiert habe. Es ist wahr, dass ich geschaut habe, ob ein illegaler Bau erfolgte“, verteidigt sich der Beschuldigte.

Unterstützung erhält Özçağdaş von der Istanbuler CHP-Vorsitzenden Canan Kaftancıoğlu, die den illegalen Bau als „Verbrechen“ und „Täuschung der Öffentlichkeit“ bezeichnete. Damit machte sich Kaftancıoğlu selbst zur Zielscheibe der Justiz. Diese wirft ihr nun vor, Özçağdaş angewiesen zu haben, das Eigentum von Fahrettin Altun zu fotografieren. Das Gericht hat die Politikerin zu einer Aussage vorgeladen; die Ermittlungen gegen sie und Özçağdaş dauern an.

Es ist nicht das erste Mal, dass Kaftancıoğlu sich vor Gericht verantworten muss. Ein Istanbuler Gericht hatte die Politikerin im vergangenen September für angebliche Terrorpropaganda in sozialen Medien zu neun Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Die CHP kritisierte das Urteil als politisch motivierte Rache. Kaftancıoğlu gilt als Architektin des Sieges von Ekrem İmamoğlu bei den Istanbuler Bürgermeisterwahlen im vergangenen Jahr, der 25 Jahren AKP-Regierung in der wichtigsten Stadt der Türkei ein Ende bereitet.

Im laufenden Berufungsprozess befindet sich die Politikerin auf freiem Fuß und weigert sich, dem politischen Druck nachzugeben. Ihre Äußerungen schlugen im Fernsehsender *Halk TV* hohe Wellen: Kaftancıoğlu prophezeite der AKP das nahende Ende ihrer Macht – und zwar „durch zeitige Wahlen oder auf einem anderen Weg“.

Die Politikerin spielte auf ein Verbot der Regierungspartei an, das von der Opposition kontrollierte Gemeinden daran hindert, ärmere Teile der Bevölkerung durch Spendengelder zu unterstützen. Dadurch hätten die Bürger verstanden, dass die Regierung „zu nichts Gutem führen“ würde.

AKP-Anhänger haben dieses Statement alles andere

als gefasst aufgenommen. Regierungsnahe Medien werfen der CHP-Politikerin den Aufruf zu einem Putsch vor. Der Istanbuler AKP-Vorsitzende Bayram Şenocak eskalierte den rhetorischen Schlagabtausch gar mit einer „Todesdrohung“: „Die CHP-Provinzvorsitzende sollte wissen, dass das Wasser im Bosphorus zu dieser Jahreszeit kalt und im Sommer tief ist.“

In einem Statement versuchte Kaftancıoğlu sich zu erklären: Sie habe auf einen kommenden Machtwechsel durch Wahlen hinweisen wollen, und keinesfalls auf einen Putsch.

Kaftancıoğlus Prognose könnte in die richtige Richtung weisen. Denn im Auf und Ab der öffentlichen Meinung erlebt der Präsident aktuell einen leichten Rückfall: Laut dem Meinungsforschungsinstitut *MetroPoll* sind Erdoğan's Zustimmungswerte rückläufig – nachdem sie im März noch den höchsten Wert seit dem Putschversuch im Juli 2016 erreicht hatten. Seine Beliebtheit sank um vier Prozentpunkte auf 52%. Die Meinungsforscher führen dies darauf zurück, dass die Regierung Lebensmittelhilfen der Oppositionsparteien an die Bevölkerung blockierte. Dies stieß zwei Dritteln der Bevölkerung bitter auf.

Feierlichkeiten zum Kindertag – Kein Anlass zu ungeteilter Freude

Am 23. April 1920 eröffnete Mustafa Kemal Atatürk die Türkische Nationalversammlung in Ankara und legte damit einen Grundstein für die spätere Gründung der Republik Türkei im Jahr 1923. Alljährlich wird der Tag – den der Staatsgründer den Kindern widmete – als „Tag der Souveränität und des Kindes“ mit zahlreichen Gedenkveranstaltungen zelebriert.

Unter den Oppositionsparteien CHP und İyi-Partei („Gute Partei“) sorgte das Fernbleiben Erdoğan's von einer Sondersitzung des Parlaments an dem bedeutsamen Tag für Unmut. Der Präsident wandte sich in einer Fernsehansprache an die Nation, um die „Souveränität, Demokratie und Unabhängigkeit“ des Landes zu preisen. Er nutzte seine Ansprache, um die Bedeutung der Kinder als „wertvollstes Gut der Welt“ hervorzuheben. Demnach kann sich die Türkei als reich betrachten, denn fast ein Drittel der Bevölkerung sind minderjährig; in Deutschland machen Kinder zum Vergleich nur 16,4% der Bevölkerung aus.

Viele Kinder hatten an diesem Kindertag jedoch wenig zu feiern. Zahlen des türkischen

Statistikinstituts *TürkStat* zufolge arbeiten 720.000 Kinder im Alter von fünf bis 17 Jahren. Kinderschutzorganisationen vermuten weitaus höhere Dunkelziffern, da viele Kinder, unter anderem Flüchtlingskinder, in der Statistik nicht erfasst sind. Gerade unter diesen Gruppen sei die Beschäftigungsquote hoch, erklärt Nail Dertli von der Stiftung *Fişik*, die sich für die Belange arbeitender Kinder einsetzt: „Wir wissen, dass syrische Kinder häufig beschäftigt werden, um lokale Arbeitskräfte zu ersetzen.“ Knapp 80% der arbeitenden Minderjährigen sind zwischen 15 und 17 Jahre alt, 16% sind 12 bis 14 Jahre und 4% sind jünger als 12.

Für ein wachsendes Problem hält Nail Dertli die zunehmende Professionalisierung der Kinderarbeit. Während 2012 noch fast die Hälfte der Kinder unbezahlt in Familienbetrieben arbeitete, geht diese Tendenz zurück. Nur jedes dritte Kind arbeitet noch für die Familie, der Großteil erwirtschaftet in Fabriken, Geschäften oder der Landwirtschaft ein reguläres Einkommen. Die meisten dieser Jugendlichen sind wegen der Armut ihrer Familie gezwungen, zum Einkommen beizutragen. Eine bittere Folge: Laut dem Statistikinstitut gibt jedes dritte Kind dabei die Schulbildung für die Arbeit auf.

Bravo Angela! Applaus in den sozialen Medien für eine bescheidene Kanzlerin

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrer Genügsamkeit für Überraschung in den sozialen Medien gesorgt. Auf *Twitter* ging ein Video viral, das die Kanzlerin beim Einsteigen in einen Volkswagen Transporter zeigt. Die Bescheidenheit der Fahrzeugwahl kam bei vielen türkischen Twitter-Nutzern gut an. Denn diese sind es gewohnt, die politisch Verantwortlichen stets in Luxuskarosserien vorfahren zu sehen.

In der Türkei ist der Volkswagen Transporter ein beliebtes Modell für die günstigen Dolmuş-Sammeltaxis. Dass die mächtigste Frau der Welt sich in einem solchen chauffieren lässt, sorgte für Erheiterung. Ümit Karaca, ein Abgeordneter der İyi-Partei kommentierte: „Ihr Land produziert Automarken wie Mercedes, Audi, BMW, Volkswagen, Maybach, Porsche, Opel. Aber die Frau schämt sich nicht, sie fährt in einem Dolmuş zur Arbeit.“

Für ungläubiges Staunen sorgte auch, dass das Fahrzeug offenbar nicht gepanzert oder neu und auch nicht von Leibwächtern umzingelt war. Der Merkel-Vergleich ging in diesem Fall schlecht für Präsident Erdoğan aus: „82 Millionen Hände arbeiten

gemeinsam dafür, die Ausgaben unseres Präsidenten Erdoğan zu decken. Selbst wenn unsere Bürger hungern, würden wir nicht zulassen, dass unser Präsident sein Ansehen verliert“, schreibt Karaca sarkastisch unter ein Video, das den Fahrzeugkonvoi des türkischen Präsidenten zeigt, dem nur Luxusmodelle angehören.

